

Niederschrift

über die 5. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses am
Mittwoch, 16.09.2015 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Hans-Werner Schneller SPD

stell. Vorsitz

Herr Christian Gartmann CDU

Ratsmitglieder

Frau Sandra Kollender SPD

Frau Anne Kathrin Latt SPD

Frau Claudia Schlottmann CDU

Herr Michael Wegmann CDU

Frau Sabine Kittel BÜRGERAKTION

Vertretung für Martin Falke

Sachkundige Bürger/innen

Frau Henrike Lindenberg SPD

Frau Ursula Greve-Tegeler CDU

Herr Klaus-Dieter Bartel Bündnis90/Die Grünen Vertretung für Birgit Kirschke

Frau Heike Limbart AfD

Frau Heidi Weiner FDP

Beratende Mitglieder

Herr Franz-Josef Verhalen Allianz für Hilden

Frau Anne-Margarete Pütz Sozialdienst Kath. Frauen und Männer e. V. Vertretung für Vera Lepper

Herr Detlef Recha Arbeiterwohlfahrt – Ortsverein Hilden

Frau Pfarrerin Sonja Schüller ev. Kirche

Herr Siegfried Wagner Paritätischer Wohlfahrtsverband

Beiräte

Frau Güler Ayranci Integrationsrat

Frau Doris Sieberg Seniorenbeirat

Von der Verwaltung

Herr Beig. Reinhard Gatzke

Frau Marie-Thérèse Barbezat-Rosdeck

Frau Michaela Neisser

Frau Anita Nowak-Richter

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Unterbringung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen
WP 14-20 SV 50/039
- 3 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 4 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Zu Beginn der Sitzung wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Hans-Werner Schneller, eröffnete die 5. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses um 17.00 Uhr und stellte fest, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und die Sitzungsunterlagen vollständig zugegangen seien. Sodann wurde wie folgt beraten und beschlossen.

Änderungen zur Tagesordnung

Keine

Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin erkundigte sich, inwiefern die Verwaltung über die Problematik von Flüchtlings-

frauen informiert sei und wie die Situation in Hilden gehandhabt werde, ob hier die Möglichkeit bestünde, Frauen getrennt unterzubringen. Frau Neisser erklärte, dass die Problematik bekannt sei. In Hilden werden Frauen nicht zusammen mit Männern in einem Zimmer untergebracht.

1 Befangenheitserklärungen

Keine

2 Unterbringung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen

WP 14-20 SV
50/039

Herr Gatzke berichtete, dass sich in den letzten Wochen fast täglich die Situation der Flüchtlingsunterbringung ändern würde. Wie in der Sitzungsvorlage dargestellt befinden sich seit dem 05.08.2015 150 Flüchtlinge auf Grund eines Amtshilfeersuchens der Bezirksregierung in der geschaffenen provisorischen Erstaufnahmeeinrichtung der Albert-Schweitzer-Hauptschule in Hilden. Nach dem diese Flüchtlinge am Morgen des 02.09.2015 zur Registrierung durch die Bezirksregierung abgeholt und am Abend in die Einrichtung zurückgebracht wurden, erfolgte unmittelbar am nächsten Tag die Weiterverteilung auf andere Bundesländer und NRW Städte. Am gleichen Tag trafen 150 neue Flüchtlinge ein. Auf Grund der sich am vergangenen Wochenende dramatisch zuspitzenden Situation und der dringenden Bitte des Krisenstabes der Bezirksregierung Düsseldorf wurden am Sonntag noch einmal zusätzlich 120 Personen in der Albert-Schweitzer-Hauptschule aufgenommen. Damit sind aktuell 270 Menschen in der Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht.

Zwischenzeitlich hat sich die evangelische Landeskirche im Rheinland entschlossen, die leerstehenden Internatshäuser E + F auf dem Gelände des evangelischen Schulzentrums an der Gerresheimer Straße zur Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung zu stellen. Am kommenden Wochenende sollen dort 73 Flüchtlinge untergebracht werden. Die Betreuung dieser kirchlichen Notunterkunft wird ebenfalls die Johanniter Unfallhilfe e. V. übernehmen. Auch der Kreis Mettmann hat auf Bitte des Krisenstabes die Aufgabe übernommen, weitere 300 Plätze zu schaffen. Sie sollen in der Stadt Mettmann in Sporthallegebäuden eingerichtet werden.

Herr Gatzke stellte heraus, dass alle Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen einen beeindruckenden Kraftakt geleistet hätten und am „Anschlag“ arbeiten würden. Das ehrenamtliche Engagement in Hilden sei weiter sehr beeindruckend und würde in Federführung der evangelischen Kirche hervorragend organisiert.

Es sei dringend notwendig, weitere Plätze im Regelzuweisungsbereich zu schaffen. Dazu habe die Verwaltung mit dieser Sitzungsvorlage entsprechende Vorschläge gemacht. Es gelte nun, diese vorgeschlagenen Maßnahmen schnell umzusetzen.

In der sich anschließenden Diskussion ergaben sich verschiedene Fragen der Ausschussmitglieder, die ausführlich von der Verwaltung beantwortet worden. Dazu gehörte auch ein umfangreicher Fragekatalog von Frau Kittel zu den Verfahrensweisen in der Notunterkunft.

Herr Schneller stellte fest, dass es keine Alternative zu dem von der Verwaltung entwickelten Maßnahmenkatalog geben würde. Er dankte der Verwaltung für den besonderen Einsatz in den vergangenen Wochen.

Beschlussvorschlag:

Nach Vorberatung im Sozialausschuss beschließt der Rat der Stadt

1. Der Bericht zur Unterbringung und Betreuung ausländischer Flüchtlinge wird zur Kenntnis genommen. Dem vorgelegten Konzept zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungsplätze wird zugestimmt.
2. Zur Finanzierung der Schaffung und Einrichtung weiterer Unterbringungsheime, der Anmietung und Einrichtung von Wohnungen und der gestiegenen Regelleistungen für die Asylbewerber werden überplanmäßige Mittel

beim Produkt 050303 Hilfen nach AsylbLG in Höhe von 670.000 €
beim Produkt 100801 Hilfen für Wohnungslose in Höhe von 127.000 €
beim Produkt 011301 Gebäudeunterhaltung in Höhe von 175.727 €
beim Produkt 011302 Bewirtschaftung in Höhe von 22.706 €
beim Produkt 011303 Investitionen in Höhe von 423.640 €

bereit gestellt. Die Deckung erfolgt durch zusätzliche Erträge beim Produkt 050303 in Höhe von 313.000 € und im Produkt 160101 „Zahlungsströme der allg. Finanzwirtschaft“ in Höhe von 36.739 € beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, in Höhe von 645.694 € durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage und in Höhe von 423.640 € durch Mehreinzahlungen im Produkt 160101 durch Rückflüsse von Ausleihungen an verbundene Unternehmen.

3. Zur Finanzierung des Aufwandes für die im Auftrag des Landes betriebene provisorische Erstaufnahmeeinrichtung in der Albert-Schweitzer-Hauptschule werden überplanmäßige Mittel
beim Produkt 050303 Hilfen nach AsylbLG in Höhe von 1.008.000 €
beim Produkt 011301 Gebäudeunterhaltung in Höhe von 81.520 €
beim Produkt 011302 Bewirtschaftung in Höhe von 62.291 €
bereit gestellt. Die Deckung erfolgt durch zusätzliche Erträge im Rahmen der zugesagten Landeserstattung in gleicher Höhe bei den oben genannten Produkten.
4. Für die Einrichtung und Anmietung eines Modulbaues ab 01.01.2016 zur Unterbringung ausländischer Flüchtlinge am Standort Breddert werden im Vorgriff auf den Haushaltsplan 2016 Auszahlungen in Höhe von 255.000 € (Miete) im Produkt 011302 „Bewirtschaftung“ und in Höhe von 92.100 € (Einrichtung) im Produkt 100801 „Hilfen für Wohnungslose“ in den Haushalt eingestellt. Die Mittel werden vorzeitig freigegeben.
5. Für die Einrichtung des Hauses C des ehemaligen Internates der ev. Landeskirche werden im Vorgriff auf den Haushaltsplan 2016 Aufwendungen in Höhe von 30.700 € im Produkt 100801 „Hilfen für Wohnungslose“ in den Haushalt eingestellt. Die Mittel werden vorzeitig freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Die Fraktion Bürgeraktion stellte zur Einrichtung der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in der ehemaligen Albert-Schweitzer-Schule folgende Anfrage:
Siehe beigefügte Anlage 1

Frau Neisser beantwortete die Fragen wie folgt:

Zu 1)

Nach Ankunft füllen die Flüchtlinge einen in der jeweiligen Landessprache verfassten Gesundheitsfragebogen aus. Anschließend führt der Sanitätsdienst einen ersten Check durch. Sollte dieser Auffälligkeiten erkennen, ist ein Arzt vor Ort, der eine Untersuchung durchführt und notwendige Maßnahmen einleitet. Am nächsten Tag wird bei allen eine Lungenuntersuchung durchgeführt.

Zu 2)

In Hilden haben sich zwei Ärzte (Frau Dr. Lange-Aschenfeld und Herr Dr. Alam) bereit erklärt, 3-4-mal pro Woche vor Ort die ärztliche Versorgung zu gewährleisten. Ansonsten werden die Flüchtlinge auch bei allen niedergelassenen Ärzten behandelt.

Zu 3)

Es gibt keine Auflagen oder Kontrollen durch das Ordnungsamt.

Zu 4)

Es gibt einen Personenschlüssel bei den Johannitern und beim Sicherheitsdienst. Dieser liegt bei 50 Flüchtlingen: 1 Kraft (Tag und Nacht). Zusätzlich besteht eine Rufbereitschaft, die von Frau Neisser und Herrn Hagemann von den Johannitern wahrgenommen wird.

Zu 5)

Für die Reinigung der Räumlichkeiten und der sanitären Anlagen wurde eine Reinigungsfirma engagiert. Außerdem werden die Flüchtlinge eingebunden, die gerne freiwillig mithelfen, da dies ein wenig Abwechslung in den Alltag bringt.

zu 6)

Es wurde eine Sicherheitsfirma beauftragt, die Tag und Nacht vor Ort im Einsatz ist. Zudem fährt die Polizei regelmäßig zur Albert-Schweitzer-Schule, um dort Präsenz zu zeigen.

Zu 7)

Die Notfallkriterien, die von der Feuerwehr vorgegeben sind, werden alle erfüllt und mit denen abgesprochen.

Herr Gartmann berichtete von Bedenken von Schülern des Bonhoeffer Gymnasium hinsichtlich der künftigen Unterbringung von Flüchtlingen auf dem ehemaligem Internatsgelände der Schule. Herr Gatzke entgegnete, er habe im Kontakt mit der ev. Landeskirche die Empfehlung ausgesprochen, die Eltern sowie die Nachbarschaft zu informieren. Außerdem berichtete bereits die Rheinische Post über die dortige Aufnahme von Flüchtlingen. Für weitere Informationen stünde die Verwaltung ebenfalls gerne zur Verfügung.

Frau Latt erkundigte sich, ob Geldspenden für zugewiesene Flüchtlinge entgegengenommen werden können.

Frau Neisser teilte dazu mit, dass bereits ein Spendenkonto eingerichtet sei. Die Information werde auf der städtischen Internetseite bekannt gemacht werden.

Herr Bartel fragte nach, ob es angedacht sei, die Gebäude E und F auf dem Internatsgelände des ev. Schulgelände später auch für eine reguläre Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen. Herr Gatzke teilte dazu mit, dass die weitere Entwicklung abgewertet müsste.

Auf Anfrage von Herrn Verhalen teilte Herr Gatzke mit, dass die Kosten der Unterbringung von Flüchtlingen in den Internatsgebäuden E und F vom Land erstattet werden würden.

4 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte den Antrag, eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge und Asylsuchende einzuführen. Der entsprechende Antrag ist als Anlage beigefügt.
Herr Gatzke erklärte, dass ohnehin vorgesehen sei, in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses über die Einführung einer Gesundheitskarte zu beraten und zu entscheiden.

Ende der Sitzung: 17:54 Uhr

Hans-Werner Schneller
Vorsitzender

Anita Nowak-Richter
Schriftführer/in

Gesehen:

Birgit Alkenings
Bürgermeisterin

Reinhard Gatzke
Beigeordneter